

FRANKREICH- ZENTRUM

der Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg i.Br.

Bulletin no 2

Januar 1993

Liebe Leserin, lieber Leser !

Zu Beginn des Jahres 1993 möchte auch ich es nicht versäumen, Ihnen Glück zu wünschen! Wir glauben ja doch alle ein wenig an die Magie der Worte. Ich wünsche also, daß sich Ihre Wünsche erfüllen!

Diese zweite Ausgabe des Bulletins befaßt sich mit einem zu Recht vieldiskutierten Thema, der zunehmenden Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Der Beitrag von Joseph Jurt, dem ich herzlich danke, beschäftigt sich mit der Darstellung der Vorgänge in Deutschland aus der Sicht der französischen Presse.

Sodann möchte ich Sie hinweisen auf die Veranstaltung mit dem Bundesminister des Äußeren, wie er offiziell heißt, Herrn Dr. Klaus Kinkel, der auf Einladung des Fördervereins des Frankreich-Zentrums am 25. Januar nach Freiburg kommen wird. Danken möchte ich der Quelle-Schickedanz AG & Co. in Fürth, namentlich Herrn Dr. Klaus Mangold, dem Vorsitzenden des Fördervereins des Frankreich-Zentrums, für das herausragende Engagement in dieser Sache.

Bitte beachten Sie auch die Termine für die diesjährigen Mitgliederversammlungen und merken Sie sich bitte den 8. Februar vor!

Mit bestem Gruß

Hans-Martin Gauger
Vorsitzender des Vorstands des
Frankreich-Zentrums

Inhalt :

- Jahresversammlungen 1993
- Joseph Jurt : Die französische Presse und die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland
- Förderverein : Besuch von Außenminister Kinkel, Mitgliederzahl steigt

!!!

Die

Jahresversammlungen

des Frankreich-Zentrums finden am

Montag, den 8. Februar 1993

statt.

Im Einzelnen:

- 18.00 -19.30 Mitgliederversammlung der Mitglieder des **Fördervereins** Frankreich-Zentrum.
Ort: wird noch bekanntgegeben!
- 19.00 - 19.30 Vortrag Prof.Dr. Robert Picht, Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg,
"Die Unterschiedlichkeit der Bildungssysteme als Hauptfaktor kultureller Vielfalt in Europa"
Großer Saal, Haus zur Lieben Hand
- 19.00 - 20.30 **Erweiterte Mitgliederversammlung** des Frankreich-Zentrums, Großer Saal, Haus zur Lieben Hand
- 20.30 - 22.00 **Mitgliederversammlung** des Frankreich-Zentrums, Großer Saal, Haus zur Lieben Hand

FÖRDERVEREIN FRANKREICH-ZENTRUM

Seit der letzten Ausgabe des Bulletins im Oktober 1992 hat sich die Zahl der Mitglieder des Fördervereins fast verdoppelt. Deshalb hier noch einmal eine alphabetische Übersicht:

1. Audi AG, Ingolstadt
2. Badische Staatsbrauerei Rothaus AG, Rothaus
3. Badische Stahlwerke, Kehl
4. Anwaltskanzlei Bappert, Witz & Selbherr, Freiburg
5. Bosch-Siemens Hausgeräte GmbH, München
6. Brenzinger Grundstücksverwaltung KG, Freiburg
7. Burda GmbH, Offenburg
8. Groupe CIC, Banque CIAL, Strasbourg
9. Commerzbank AG, Freiburg
10. Prof.Dr. Hermann Danuser, Freiburg
11. Deutsche Bank AG, Freiburg
12. Dresdner Bank AG, Freiburg
13. Duravit AG, Hornberg
14. Ludwig Engelmeier, Deutsch-Französische Gesellschaft, Freiburg
15. Essilor-Ehinger GmbH, Freiburg
16. August Faller KG, Waldkirch
17. Freiburger Regiogesellschaft, Freiburg
18. Freiburger Verkehrs AG
19. Hermann Frese, Freiburg
20. Fa. Carl Freudenberg, Weinheim
21. Autohaus Gehlert GmbH & Co. KG, Freiburg
22. Gewerbliches Inst. für Fragen des Umweltschutzes GmbH, Fre
23. Gronewald & Partner, Freiburg
24. Prof.Dr. Heiko Haumann, Basel
25. Hecht & Partner GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Freiburg
26. Helmut Heine, Miele & Cie. GmbH & Co., Freiburg
27. Herder-Verlag, Freiburg
28. Hildenbrand, dt.-frz. Unternehmensberatung, Horben
29. Intermetall, Halbleiterwerk d. Dt. ITT Industries GmbH, Freiburg
30. KBC Manufaktur, Lörrach
31. Prof.Dr. Udo Kempf, Kirchzarten
32. Thomas Körber, Regierungsbaumeister, Freiburg
33. Rechtsanwalt Dr. Günther Kreuzer, Nürnberg
34. Rechtsanwalt Dr. Edgar Kull, Springer-Verlag, Berlin
35. Landeskreditbank Baden-Württemberg, Karlsruhe
36. Mercedes-Benz AG, Freiburg
37. Miele & Cie GmbH GmbH & Co. KG, Freiburg
38. Optik Nosch, Freiburg
39. Quelle-Schickedanz AG & Co., Fürth
40. Rhône-Poulenc Rhodia AG, Freiburg
41. RMT Industrie- und Elektrotechnik GmbH, Kehl
42. Rombach Verlag GmbH, Freiburg
43. Schitag Schwäbische Treuhand AG, Freiburg
44. PD Dr. Christian Schmidt-Leithoff, Stuttgart
45. Prof.Dr. Gottfried Schramm, Freiburg
46. Erwin Sick GmbH, Waldkirch
47. Dipl.Ing Peter Sick, Glottental
48. Sparkasse Freiburg
49. Prof.Dr. Jörg Stadelbauer, Freiburg
50. Gerhard Sütterlin, Ingenieur, Freiburg
51. Stadt Freiburg, OB Böhme
52. Dr. Dirk Tröndle, ITM GmbH, Gundelfingen
53. Volksbank Freiburg
54. Voyages Sud-Soleil S.A., Binningen/Basel
55. Dr. Karl von Wogau, MdEP, Freiburg
56. Prof.Dr. Thomas Würtenberger, Freiburg

Besuch des

FRANKREICH-ZENTRUM

Außenministers
DR. KLAUS KINKEL
im Frankreich-Zentrum am
Montag, den 25. Januar 1993
auf Einladung des
Fördervereins Frankreich-Zentrums:

Programm

16.30 Uhr Einlaß ins Audimax

17.00 Uhr Begrüßung:

Prof.Dr. Manfred Löwisch,
Rektor der Albert-Ludwigs-Universität
Prof.Dr. Hans-Martin Gauger,
Vorstandsvorsitzender Frankreich-Zentrum

Eröffnung:

Dr. Klaus Mangold,
Vorstandsvorsitzender
Quelle-Schickedanz AG & Co., Fürth,
Vorsitzender des
Fördervereins Frankreich-Zentrums

17.15 Uhr Vortrag

Dr. Klaus Kinkel,
Bundesminister des Äußeren:
***Deutschland und Frankreich -
Motor für Europa***

17.45 Uhr Schlußwort

Dr. Klaus Mangold

17.50 Uhr Ende der Veranstaltung im Audimax

Für diese Veranstaltung im Audimax der Universität Freiburg stehen leider keine Karten mehr zur Verfügung. Bitte bringen Sie Ihre Eintrittskarte am Vortragstag unbedingt mit!

Der Vortrag wird zeitgleich per Video in den Hörsaal 2004, gegenüber dem Auditorium Maximum, übertragen.

Bulletin

Verantwortlich für den Inhalt:
Prof.Dr. Hans-Martin Gauger

FRANKREICH-ZENTRUM

Universität Freiburg
Haus zur Lieben Hand
Postfach
D-7800 Freiburg
Telefon : 0761/203-4945
Telefax : 0761/203-4908

Bulletin no2 Januar 1993

Joseph Jurt: Die französische Presse und die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland

In Berichten der französischen Presse über Deutschland erscheinen immer wieder feststehende Denkfiguren, die in einem - oft innerfranzösischen, nur durch genaue Kenntnis der Situation in Frankreich verständlichen - Zusammenhang aktualisiert werden. So beispielsweise der Gedanke eines "gefährlichen Deutschland", der trotz einer über vierzigjährigen demokratischen Tradition, trotz einer deutsch-französischen Kooperation, die den tragenden Pfeiler der Europäischen Gemeinschaft darstellt, immer wieder belebt wird. Die "Angst vor Deutschland" wurde im Vorfeld der Maastricht-Abstimmungen in Frankreich von Gegnern und Befürwortern instrumentalisiert, obwohl es bei der geplanten monetären und politischen Union nicht eigentlich um Deutschland ging. Ein Sieg des "Nein", so erklärte der französische Premierminister, würde Deutschland nach Osten abdriften lassen und antidemokratischen Entwicklungen Vorschub leisten. Die Gegner operierten ihrerseits mit dem Argument, der Vertrag besiege die deutsche Vormacht in Europa. Le Monde berichtet in seiner Nummer vom 4. September, Regierungs- und Wirtschaftskreise in Deutschland seien über diese Argumentation irritiert: Deutschlands Zukunft liege in Europa, man habe dem Vertrag von Maastricht aus Überzeugung und nicht wider Willen zugestimmt. In einem Interview, das Jean-Louis Bianco, Regierungsmitglied und seit langem Vertrauter Mitterands, dem Express am 11. September gab, greift dieser wiederum zum Deutschland-Argument, um seine Landsleute zu einem Ja zu Maastricht zu bewegen: "Nachdem nun Deutschland nicht mehr durch seinen Status als besiegte Macht eingeengt ist, findet es sich mit all seinen Dämonen wieder. Wenn diese nicht kanalisiert und eingefügt werden durch den Willen, innerhalb Europas die Stärksten zu sein, dann werden die Deutschen sich dafür entscheiden, ganz allein die Stärksten zu werden. Es gibt Dinge, die man jenseits des Rheins nicht zu sagen wagt, solange das Land noch unter dem Blick der europäischen Partner steht." Der Interviewer fragt Bianco, ob er glaube, daß bei einer Nicht-Ratifizierung des Vertrags von Maastricht die Zahl der Skinheads in Rostock noch steigern werden. Damit ist der Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der deutschen Ausländerfeindlichkeit und der Deutschland-Angst in Frankreich hergestellt. Nach einer Umfrage von BVA-Libération-France 2 war tatsächlich bei 41% der Nein-Stimmen zum Maastricht-Vertrag die Angst vor Deutschland das entscheidende Motiv.

Seit Anfang September widmen die französischen Presseorgane den xenophoben Ausschreitungen von Rostock breite Berichte. Die Ereignisse werden als äußerst beunruhigender Auftakt der deutschen "rentrée" gewertet. In einem Artikel in Le Monde vom 1. September wird noch die Hypothese vom sozialen Ursprung der Xenophobie erwähnt. Die extreme Rechte nutze absichtlich die soziale Unzufriedenheit im Osten und Westen aus. Es handele sich jedoch nicht mehr um Einzelfälle, sondern um eine bewußte Strategie der Spannung, die von der extremen Rechten geschürt werde. In Rostock hätten die Gewalttätigen erstmals die Zustimmung der örtlichen Bevölkerung gefunden.

Le Monde betont sehr stark, es handele sich hier um ein gesamt- und nicht bloß ein ostdeutsches Phänomen. Nach einer Spiegel-Umfrage vom Januar 1992 glaubten 66% der Bevölkerung, die Ausländer mißbrauchten das deutsche Sozialsystem, 24% hätten Verständnis für die extreme Rechte. Die Wahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein hätten gezeigt, daß die extreme Rechte in Westdeutschland fast dieselben Resultate erziele wie der Front national in Frankreich. Insgesamt habe die ostdeutsche Bevölkerung bisher eine erstaunliche Fähigkeit entwickelt, die Schocks, denen sie ausgesetzt war, zu verkraften. In ähnlicher Weise argumentiert der Express in einem Bericht am 11. September. Die Solidarisierung der Bevölkerung in Rostock widerspreche der These von den isolierten Gruppen und verdeutliche eine Ausweitung der sozialen Basis der extremen Rechten. Wie andere Presseorgane zitiert der Express eine Infas-Umfrage, nach der die potentielle Wählerschaft der extremen Rechten in Westdeutschland von 12% auf 19% gestiegen sei, während sie in Ostdeutschland 12% betrage.

Jean-Marc Gonin spricht im Express vom 11. September von einer dunklen Bilanz für die Demokratie: "Der Rechtsstaat hat einen eigentlichen Zusammenbruch erlitten". Die Gewalttätigkeit habe sich ausgezahlt: Die Asylbewerber hätten in Rostock unter Polizeischutz ihr Quartier verlassen müssen. Die "classe politique" habe überdies nach den xenophoben Ausschreitungen ein Thema zu debattieren begonnen, das vorher unantastbar schien: das Asylrecht. In der folgenden Nummer des Express (18. September) ist die Xenophobie in Deutschland das Cover-Thema. "Deutschland: Alarmstufe", so die lapidare Überschrift. Der Bericht behandelt unter dem Titel "Jours tranquilles à Mannheim" jedoch nicht die Rostocker Vorfälle, sondern den Angriff auf ein Asylbewerber-Heim, der am 28. Mai in Mannheim-Schönau stattfand. Damit soll wohl auch die These von der Ausweitung der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland untermauert werden. Denn hier greife das soziale Erklärungsmuster nicht. Mannheim, das sei das "Deutschland von Boris Becker und Steffi Graf", der Einflußbereich von Mercedes Benz und Böhringer, habe nichts gemein mit den tristen Bezirken der Ex-DDR. Unter den Gewalttätigen hätten sich keine Skinheads und Neonazis befunden, sondern brave Bürger, "trunken von Bier und Haß". Im Unterschied zu Rostock habe sich die einheimische Bevölkerung jedoch mit den Asylbewerbern solidarisiert.

Der zweite Jahrestag der deutschen Einigung stand für viele französische Kommentatoren im Zeichen der xenophoben Ausschreitungen, die nun auch vor den Symbolen des Gedenkens an den Holocaust (Sachsenhausen) nicht mehr halt machten. Nicht so sehr die bestehende ausländerfeindliche Haltung bei Deutschen sei besorgniserregend, schreibt Luc Rosenzweig in der Nummer vom 6. Oktober in Le Monde. Ähnliche Einstellungen fänden sich auch bei den französischen, britischen und italienischen Nachbarn. Deutschland habe auch kein Monopol der xenophoben Parteien. Schlimm sei jedoch in Deutschland die dramatische Ohnmacht der politischen und moralischen Autoritäten des Landes. Auf ein positives Echo stießen in der französischen Presse durchweg die Äußerungen des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Die Reaktionen der politischen, religiösen und literarischen Elite seien jedoch ohne namhafte Wirkung geblieben. Man habe den Eindruck, es sei mehr darum gegangen, das Ausland zu

beeindrucken, als wirkungsvoll im eigenen sozialen Umfeld tätig zu werden. Die große Demonstration am 9. November in Berlin ist in den Augen des Le Monde-Korrespondenten vor allem durch die Verschlechterung des Deutschlandbildes im Ausland bestimmt. In einem sonst positiven Leitartikel derselben Zeitung über "die Botschaft von Berlin" wird bedauert, daß diese Reaktion des Volkes spät kam, daß sie kaum als spontan bezeichnet werden könne. "Von oben angeregt, organisiert mit jener Schwerfälligkeit und Langsamkeit, die für die deutschen politischen Apparate charakteristisch ist, erreichte die Demonstration von Berlin trotzdem ihr Ziel".

Die ernststen Mahnungen des Bundespräsidenten stehen nach Henri de Bresson im Kontrast zur Haltung der Regierenden, die die Augen davor verschließen, daß die fremdenfeindlichen Akte von einem Teil der öffentlichen Meinung akzeptiert würden. Die Regierung verspreche, gegen falsche Asylbewerber härter vorzugehen, die Polizei zu verstärken im Kampf gegen den Rechts-Terror und zum Schutz der Asylantenheime. "In einem der Augenblicke der Panik, die ihm eigen sind", so schreibt Lucas Delattre im Express vom 18. September, "gibt sich Deutschland nicht die Mühe, politische Antworten zu suchen, sondern bloß polizeitaktische". Nach Luc Rosenzweig könnten die Maßnahmen der Regierung die ausländerfeindlichen Kreise in ihrer Überzeugung noch bestärken. Er spielt hier auf das Abkommen an, das Bundesinnenminister Seitzers mit Rumänien abschloß, das sich bereit erklärte, ausgewiesene Landsleute - zumeist Zigeuner - wieder aufzunehmen, nachdem Deutschland 30 Millionen DM zur Wiedereingliederung versprochen hatte. Die rumänischen Zigeuner würden so aufgrund ethnischer Kriterien und nicht wegen individueller Vergehen abgeschoben. Mehrere Hintergrundberichte erscheinen dann über das Schicksal der Zigeuner, "die Parias von Europa", im Express vom 30. Oktober und in Le Monde am 3. November: "Allemagne: des charters pour Bucarest". Beide Artikel weisen darauf hin, daß die Nazis eine halbe Million Zigeuner umbrachten, daß ihnen bis zu den 60er Jahren vom Bundesverfassungsgericht der Status von rassistisch Verfolgten versagt wurde.

Es wird in der französischen Presse durchaus versucht zu differenzieren. Philippe Boulet-Gercourt berichtet im Nouvel Observateur vom 15. Oktober, daß während der ersten neun Monate des Jahres 1992 in Deutschland etwa 1300 Gewaltakte gegen Ausländer verübt wurden. Im Ausland, etwa in den USA, in Israel oder Japan, wachse die Besorgnis. In Frankreich waren bei einer Umfrage 59% der Meinung, die Neonazis gewännen in Deutschland an Terrain. Der Korrespondent des Nouvel Observateur unterstreicht aber, daß 80% der Deutschen die Angriffe auf Asylantenheime verurteilten und nur 9% dem Wahlspruch à la Le Pen, "Deutschland den Deutschen", guthießen. "Kurz, das Deutschland von 1992 erinnert in nichts an dasjenige der dreißiger Jahre. Es ist weniger beunruhigt durch die Präsenz von Ausländern als durch die Taten einer Minorität von Extremisten". Der Autor bringt, ähnlich wie auch der Express vom 9. Oktober, genaue Zahlen: 4.200 Skinheads, die immer besser organisiert seien, die auf die Komplizenschaft von etwa 69 extrem-rechten Organisationen mit 40.000 Mitgliedern rechnen könnten. Die Verurteilung durch die öffentliche Meinung sei aber eindeutig; die Antwort der Institutionen lasse jedoch zu wünschen übrig. Die Regierung sei wie gebannt. Gerichte urteilten milde. Man dürfe allerdings nicht vergessen, so auch Yves Cuau in L'Express, daß

Deutschland seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime 1,5 Millionen Personen aus dem Osten aufgenommen habe, darunter 250 000 Jugoslawen, während Frankreich, das gerne anderen Morallektionen erteile, weniger als 1 000 jugoslawischen Flüchtlingen Aufnahme gewährt habe. Yves Cuau warnt davor, Deutschland zu dämonisieren - Begriffe wie "Fesselung des Riesens", "monetärer Imperialismus", "Abdriften gen Osten" seien fehl am Platz. Man dürfe nicht die Augen verschließen angesichts der Stimmungsschwankungen Deutschlands. "Das Wunder aber besteht trotzdem in der Solidität seiner demokratischen Institutionen und im Glauben seiner Bürger an Europa".

Das Verbrechen von Mölln stellte auch für die französische Presse eine dramatische Eskalation der Fremdenfeindlichkeit dar. "Das Gespenst der braunen Pest" betitelte Le Monde seinen Leitartikel vom 25. November. Das Verbrechen gegen Angehörige der türkischen Volksgruppe, die schon seit mehreren Jahrzehnten in der Bundesrepublik etabliert sei, zeige, daß die Asylbewerber nicht die einzigen Opfer des Rassenhasses seien. Es sei illusorisch gewesen zu glauben, mit der Einschränkung des Asylrechts könne die Welle der xenophoben Aggression eingedämmt werden. Ähnlich hatte sich dasselbe Blatt schon am 18. November zur "realistischen" Haltung der SPD hinsichtlich der Asylfrage geäußert. Im genannten Leitartikel von Le Monde wird nachgedacht über den spezifischen Charakter der Xenophobie im deutschsprachigen Raum: In Deutschland, Österreich und der deutschen Schweiz bringe ein nationales Bewußtsein, das stark durch ein ethnisches Zugehörigkeitsgefühl geprägt sei, den Wunsch des Ausschlusses und des Fernhaltens der Fremden hervor. Schon in einem früheren Leitartikel von Le Monde wird Deutschland geraten, es solle darüber nachdenken, ob sich eine ethnische Konzeption der Staatsbürgerschaft noch aufrecht erhalten lasse. In seinem Aufsatz über die Wurzeln der Xenophobie in Deutschland unterstreicht Luc Rosenzweig, die Idee des Deutschtums sei eine exklusive ethnische Konzeption. Die Staatsbürgerschaft sei dem Geist und dem Buchstaben des Gesetzes nach vor allem ein "Recht des Blutes". Der Volksdeutsche, dessen Vorfahren unter Katharina II. nach Rußland ausgewandert seien und der kaum ein paar Worte Deutsch spreche, werde mit vollen Rechten in die Staatsbürgerschaft aufgenommen, während der in Köln geborene und aufgewachsene junge Türke mit deutschem Abitur immer als Ausländer betrachtet werde, obwohl er nicht daran denke, in die Heimat seiner Eltern zurückzukehren. Unter diesen Umständen sei es schwierig, wirkungsvoll gegen Xenophobie anzukämpfen. Es ist daher kein Zufall, daß während der Bundestagsdebatte am 10. Dezember der Ministerpräsident des Saarlandes - vom französischen Konzept der Nation ausgehend - den auf Abstammung und Blutsbanden beruhenden deutschen Nationenbegriff als einen der Gründe für den nationalistischen Radikalismus anführte.

Dr. Joseph Jurt ist Professor an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg. Wissenschaftliche Schwerpunkte: Französische Literaturwissenschaft, insbesondere Literatursoziologie und Ästhetische Theorie. Er hat sich von Anfang an für die Einrichtung und den Aufbau des Frankreich-Zentrums eingesetzt und ist Mitglied des Vorstands des Frankreich-Zentrums.